

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 296 (2017)

Artikel: Blick in die Welt : 1. Juni 2015 bis 31. Mai 2016
Autor: Bühner, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-630254>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

1. Juni 2015 bis 31. Mai 2016

WALTER BÜHRER

«Nichts Bessers weiss ich mir an Sonn- und Feiertagen als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei. Wenn hinten, weit in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen. Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus. Und sieht den Fluss hinab die bunten Schiffe gleiten; dann kehrt man abends froh nach Haus, und segnet Friede und Friedenszeiten.» So konnte Goethe vor gut 200 Jahren im «Faust» einen «Bürger» schwadronieren lassen. Und einen weiteren liess der Dichter antworten: «Herr Nachbar, ja! so lass ich's auch geschehn. Sie mögen sich die Köpfe spalten, mag alles durcheinander gehen; doch nur zu Hause bleib's beim alten.» Anders liest man es bei Friedrich Schiller: «Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt», entgegnet Tell einem Mitleidgenossen, der in unruhigen Zeiten diejenigen beneidet, die zu Hause sorglos ihrer Arbeit nachgehen.

Die Illusion, in einer Welt voller Gewalt ein friedlich-abgeschottetes Dasein führen zu können, war nicht nur zu Zeiten Goethes und Schillers verbreitet. Heute, wo Kriegen, willkürlichen Zerstörungen und Massentötungen keine Grenzen mehr gesetzt scheinen, ist die Seh-

sucht nach der angeblich heilen Welt umso lebendiger. Und, wie die Rechtsrutsche in zahlreichen europäischen Ländern belegen, auch politisch wirksam. Dabei kann es längst niemandem mehr gleichgültig sein, wenn «hinten, weit in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen». Die Auswirkungen von Kriegswirren im Nahen und Mittleren Osten erreichen immer öfter auch Westeuropa: durch politische Gewalt, Flüchtlingselend, Terrorismus.

Hilflos und ohnmächtig erlebt die Welt seit 2011, wie Syrien, eine der kulturell reichsten nahöstlichen Nationen, von einem verheerenden Bürgerkrieg erschüttert und zerstört wird. Wie in Ländern wie Irak, Jemen, Af-

ghanistan, Libyen und Somalia die staatliche Ordnung zerfällt. Wie Hunderttausende von Menschen in die Flucht getrieben werden. Wie sich Extremisten das Machtvakuum vieler Länder zunutze machen, eine Terrorherrschaft zu errichten. Wie auch Europa in den Sog islamistischer Machtansprüche gerät. Selten war die Welt so sehr aus den Fugen wie 2015/2016. Und selten wussten die politisch Verantwortlichen mit den Herausforderungen so schlecht umzugehen.

Palmyra in IS-Hand

Kaum ein anderes Ereignis offenbarte die Ohnmacht der übri-

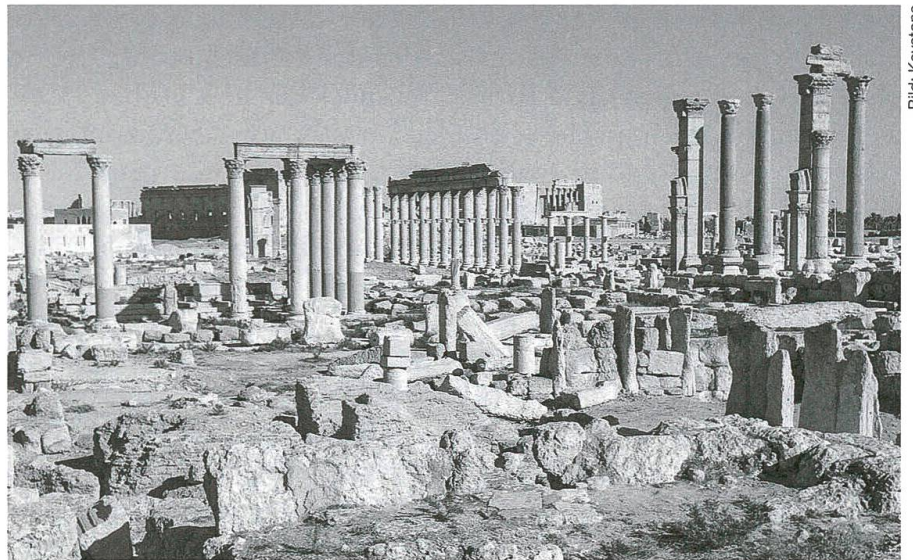


Bild: Keystone

Die IS-Terroristen richteten in der antiken Ruinenstadt von Palmyra nicht wieder gut zu machende Schäden an.

gen Welt so sehr wie das Schicksal Palmyras. Seit 1980 gilt die antike Ruinenstadt in der syrischen Wüste als Weltkulturerbe. Im Mai 2015 brachten Verbände der Terrororganisation «Islamischer Staat» die einstige Drehscheibe entlang der Seidenstrasse unter ihre Kontrolle. Die IS-Leute stempelten an Palmyra ein grausames Exempel: Kurz nach dem Einmarsch wurde die berühmte Löwenskulptur zerstört. Ende August sprengten die Terroristen zwei der grossartigsten Bauwerke der antiken Stadt, den Tempel des Baalschamin und den Tempel des Baal (von dem nur die Aussenmauer erhalten blieb). Anfang Oktober zerstörten die Terroristen das Hadriantor. Im Theater von Palmyra wurden Hunderte gefangener Regierungssoldaten hingerichtet. Schon vorher hatten IS-Terroristen durch beispiellose Grausamkeiten Schlagzeilen gemacht: Tausende von Menschen, die ihnen in die Hand fielen, wurden enthauptet, lebendigen Leibes verbrannt, gefoltert oder vergewaltigt. Besonders traurig war das Schicksal von Khaled al-Asaad. Der syrische Archäologe war von 1963 bis 2003 Generaldirektor der Altertümer von Palmyra gewesen. Vor dem Einmarsch des IS hatte er noch so viele antike Kulturgüter wie möglich in Sicherheit gebracht. Khaled selber fiel in die Hand von IS-Schergen. Obwohl al-Asaad aufs schrecklichste gefoltert wurde, weigerte er sich, die Verstecke zu verraten. Schliess-

lich wurde er am 18. August öffentlich enthauptet – «weil er sich für Götzenbilder interessierte», wie der IS zynisch verlauten liess.

Der Vormarsch des IS schien bis zu diesem Moment fast unaufhaltsam zu sein. Der «Islamische Staat» war 2003 als Miliz im irakischen Bürgerkrieg entstanden, gegründet von sunnitischen Offizieren, die den Kampf gegen die Dominanz der Schiiten im Zweistromland auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Unterstützung erhielt die Bewegung von Saudi-Arabien, Katar und andern Golfstaaten; die Türkei liess dem IS mindestens logistische Hilfe zukommen und verhielt sich bis 2014 passiv, als Tausende jugendlicher Dschihadisten aus Europa und islamischen Ländern nach Syrien und Irak strömten. Im Mai 2015, als der IS Palmyra eroberte, kontrollierte die Terrororganisation mehr als die Hälfte des syrischen Territoriums.

Russlands Eingreifen

Das syrische Regime unter Präsident Assad verlor immer mehr an Boden. Berichte über demonisierte und kampfunwillige Verbände häuften sich. Angesichts des völligen Debakels entschloss sich Russlands Präsident Wladimir Putin im Spätsommer 2015 zu einem massiveren Eingreifen: Die Russen bauten den Flughafen Latakia als Basis für ihre Luftwaffe aus, verlegten Kriegsschiffe und Kampfflug-

zeuge nach Syrien und entsandten ein Expeditionskorps, bei dem es sich angeblich vor allem um Ausbilder handelte. Die verstärkte russische Präsenz wirkte sich rasch auf dem Kampffeld aus: Die Rebellen gerieten an mehreren Fronten in die Defensive: um Damaskus, im bevölkerungsreichen Westteil des Landes und um die Stadt Aleppo. Im März 2016 gelang den Regierungstruppen und den mit ihnen verbündeten Russen die Rückeroberung der Wüstenstadt Palmyra; gleichzeitig sties- sen sie gegen Aleppo vor, wo sich Aufständische verschiedener Gruppierungen verschanzt hielten. An zahlreichen Orten spielten sich humanitäre Tragödien ab: Weder Regierung noch Rebellen nahmen Rücksicht auf die Zivilbevölkerung. Mehrfach wurden auch zivile Krankenhäuser direkt angegriffen.

Die Türkei unter Präsident Erdogan zeigte sich ob des verstärkten russischen Eingreifens in den syrischen Bürgerkrieg gar nicht begeistert, zumal sich dieses auch gegen sunnitische Rebellen richtete, die von der Türkei unterstützt wurden. Am 24. November 2015 kam es zu einem ernsthaften Zwischenfall, als die türkische Luftwaffe ein russisches Kampfflugzeug vom Typ Suchoi-24 abschooss, das angeblich den türkischen Luftraum verletzt hatte. Putin drohte mit Vergeltung und verkündete harte Sanktionen gegen die Türkei, die unter anderem den Tourismus trafen.

Zerfallende arabische Staaten

Auch im benachbarten Irak war kein Ende der Gewalt und der Auseinandersetzungen abzusehen: Ende Dezember eroberten Regierungstreitkräfte die strategisch wichtige Stadt Ramadi vom IS zurück. Hingegen verblieb die zweitgrößte Stadt Iraks, Mossul, in der Hand der Islamisten. Die Schuld an der desolaten Lage trug die Regierung in Bagdad, die sich mehr von partikularen als von nationalen Interessen leiten liess. – In Afghanistan schuf der Abzug amerikanischer Kampftruppen ein Machtvakuum, von dem die Taliban-Rebellen in verschiedenen Provinzen (Kundus, Herat, Kandahar) profitierten. Präsident Obama stoppte im Oktober 2015 den Abzug der noch in Afghanistan verbliebenen Amerikaner; bis auf Weiteres sollten mindestens 5000 Armeeangehörige dort stationiert bleiben. – In Jemen eskalierte der Bürgerkrieg zwischen Regierung und schiitischen Huthi-Rebellen. Während die Aufständischen Hilfe von Iran bekamen, engagierten sich Saudi-Arabien und mehrere Golf-Emirate mit Luftangriffen auf Regierungsseite. – In Ägypten mehrten sich Unmutsäusserungen und Proteste gegen das Regime unter Präsident Abd al-Fattah as-Sisi. Die unsichere Lage wirkte sich besonders negativ auf den Fremdenverkehr aus, was die wirtschaftliche Lage zusätzlich belastete. – In Libyen zerfiel die staatliche Ordnung weiter. In

Tobruk und Tripolis etablierten sich zwei rivalisierende Regierungen; im Machtvakuum dazwischen konnte sich die Terrororganisation «Islamischer Staat» festsetzen. Die Vereinten Nationen sahen Libyen 2015 kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. US-Präsident Barack Obama nannte in einem Interview am 11. April 2016 die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten es versäumt hätten, für stabile Verhältnisse und eine geordnete Regierung in Libyen nach dem Sturz des Ghadhafi-Regimes zu sorgen, den insgesamt «größten Fehler» seiner achtjährigen Amtszeit 2008–2016. Immerhin wurde am 6. Dezember 2015 an einer Konferenz in Berlin ein Abkommen vereinbart, das zur Bildung einer Einheitsregierung und zur Befriedung des Landes führen soll. Ein solcher Schritt

wäre aus europäischer Sicht dringend nötig, gehört doch die Route über Libyen zu den bevorzugtesten Migrationsachsen, auf denen Menschen aus Schwarzafrika sowie aus dem Nahen und Mittleren Osten nach Europa geschleust werden.

Flüchtlingskrise in Europa

Allein der Bürgerkrieg in Syrien machte Millionen von Menschen obdachlos. Die Uno bezeichnete die Flüchtlingskrise als die schlimmste seit dem Völkermord in Ruanda in den 1990er-Jahren. Im April 2016 schätzte die Weltorganisation, dass seit Beginn des Krieges 400 000 Menschen getötet worden waren. Vier Millionen Syrer hatten ihr Land verlassen. 7,6 Millionen befanden sich innerhalb Syriens auf der Flucht. Die Hauptlast des Flüchtlingsstroms ergoss sich auf



Bild: Keystone

Syrische Flüchtlingsfamilien im griechischen Auffanglager von Idomeni an der Grenze zu Mazedonien.

die Nachbarländer Türkei, Libanon und Jordanien; Hunderttausende wurden notdürftig in Zeltlagern untergebracht, andere fanden bei Freunden oder Verwandten Zuflucht. Die europäischen Länder verschlossen lange die Augen vor dem Elend. Dabei betraf sie sehr wohl, was dort «hinten, weit in der Türkei», geschah. Das zeigte sich plötzlich im Sommer 2015: Hunderttausende machten sich auf den Weg, um in Zentraleuropa eine neue Heimat zu suchen. Mitbestimmendes Moment waren Äusserungen der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, wonach Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan die Einreise in Deutschland ohne vorherige Registrierung durch andere Staaten wie Griechenland oder Ungarn gestattet werde. Das kam einer Suspendierung des Schengen-Dublin-Abkommens gleich. Ob schon ihr im eigenen Land viel Skepsis entgegenschlug – auch von Intellektuellen wie dem Philosophen Peter Sloterdijk oder aus den Reihen ihrer eigenen CDU/CSU – hielt sie unbeirrt an ihrer Politik fest: «Wir schaffen das!» Die Folge der deutschen «Willkommenskultur» war allerdings, dass Hunderttausende von Menschen versuchten, in Schlauchbooten aus der Türkei auf eine der vorgelagerten griechischen Inseln wie Chios oder Lesbos zu gelangen. Von dort wurden sie von den Griechen nach Piräus verfrachtet und dann auf dem Landweg zur mazedonischen Grenze weiterge-

schohen. Via Serbien erreichte der Migrantenstrom Ungarn und von dort aus via Österreich Deutschland, Dänemark oder Schweden. Insgesamt versuchten 2015 mehr als eine Million Menschen über das Mittelmeer in die EU zu gelangen. Rund 850 000 kamen in Griechenland an; 150 000 landeten in Italien. An die 3500 Migranten sollen bei diesem Versuch ihr Leben verloren haben.

Die europäischen Staaten und die Europäische Union reagierten unkoordiniert und grossenteils hilflos auf den Zustrom von Migranten. Ungarn errichtete als erstes Land einen Grenzzaun; es folgten Slowenien, Mazedonien, Serbien und Kroatien. Überall ergaben sich ähnliche Bilder von Menschen, die verzweifelt versuchten, die Barrikaden, Polizeisperren oder Stacheldrahtverhaue zu überwinden, um eine weitere Etappe auf dem Weg nach Zentraleuropa zurückzulegen. In Auffanglagern, die eiligst errichtet wurden, kam es wiederholt zu Tumulten; viele der Migranten weigerten sich, registriert zu werden, da sie unbedingt nach Deutschland, Österreich oder Skandinavien reisen wollten. Die Situation wurde von Schlepperbanden ausgenutzt, die mit der Not der Migranten ein dreckiges Geschäft machten.

Abschied von der «Willkommenskultur»

Doch auch in diesen Ländern kippte die Stimmung nach an-

fänglich sehr grosszügiger Aufnahme von Migranten: Österreich verfügte in eigener Regie eine Obergrenze von Asylsuchenden, ohne sich um internationales Recht zu kümmern; Dänemark und Schweden führten Grenzkontrollen ein. Um die Umsetzung des Dubliner Erstasylabkommens kam es zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn im September 2015 zu ernsthaften Kontroversen, nachdem sich das Gerücht verbreitet hatte, Deutschland erlaube Migranten ausnahmslos die Einreise. Deutschland seinerseits krebste zurück: Es führte Grenzkontrollen ein und verschärfte sein Asylrecht; vorgesehen waren darin Asyl-Schnellverfahren, Leistungskürzungen für Asylsuchende und eine Einschränkung des Familiennachzugs. Die EU-Kommission rang mit den Mitgliedsstaaten um einen Verteilungsschlüssel für die ankommenden Migranten. Doch die osteuropäischen Staaten Ungarn, Tschechien, Polen, Litauen, Lettland und Estland weigerten sich, ihren Anteil zu übernehmen, und auch in den anderen Staaten der EU hielt sich die Begeisterung in Grenzen. Je mehr Menschen Richtung Europa aufbrachen, umso stärker konzentrierten sich die Bemühungen der EU darauf, die Türkei in ein Flüchtlingsabkommen einzubinden. Die Regierung in Ankara war sich ihrer starken Position bewusst und verhandelte hart und unnachgiebig. Schliesslich billigte der EU-Rat am 18. Mai 2016

ein Abkommen mit der Türkei, das vorsah, dass alle neuen «irregulären Migranten», die auf den griechischen Inseln ankamen, in die Türkei zurückgeführt würden. Für jeden Migranten, der zurückgeführt würde, sollte ein syrischer Flüchtling von der Türkei aus in die EU umgesiedelt werden. Die EU stellte der Türkei die Zahlung von sechs Milliarden Dollar in Aussicht, ausserdem die Visafreiheit für türkische Bürger und eine Wiederbelebung der Beitrittsgespräche mit der EU. Die Balkanroute begann sich damit für Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten zu schliessen. In den Fokus rückte erneut der Schiffsweg von Libyen nach Süditalien. Meldungen, wonach mehr als eine Million Migranten aus arabisch-islamischen Ländern sowie aus Schwarzafrika in Libyen darauf warteten, nach Europa transportiert zu werden, verhieszen alles andere als ein Ende der Flüchtlingskrise.

Islamistischer Terror

Mit den Kriegen im Nahen und Mittleren Osten eng verbunden ist der Terrorismus. Islamistische Extremisten bedienen sich dieser heimtückischen Waffe in immer neuen Varianten, um Schrecken zu erzeugen, auf sich aufmerksam zu machen und ihre Gegner einzuschüchtern. Im Visier der Bombenleger und Selbstmordattentäter stehen bevorzugt «weiche» Ziele wie Zivilpersonen, Frauen, Kinder und religiö-



Bild: Keystone

Die Anschläge vom 13. November 2015 in der französischen Hauptstadt Paris forderten 132 Menschenleben.

se Einrichtungen. In von Bürgerkriegen heimgesuchten Ländern wie Syrien, Irak, Jemen, Afghanistan und Somalia gehören Anschläge seit Jahren zum Alltag; aber auch auf andere Staaten wie Tunesien, Ägypten, Kenia, Nigeria, Pakistan und die Türkei weiteten Terroristen ihren blutigen Feldzug aus. Ins Visier islamistischer Vereinigungen geriet in der Berichtsperiode verstärkt Zentraleuropa. Gewaltakte erschütterten namentlich Frankreich und Belgien.

Am 7. Januar 2015 wurde die Satirezeitschrift Charlie Hebdo von maskierten Tätern überfallen. Am 13. November 2015 schlugen erneut islamistisch motivierte Attentäter in Paris zu: Praktisch gleichzeitig griffen sie an mehreren Orten wahllos Menschen an: Zuschauer eines Fussballspiels im Stade de France, Gäste zahlreicher Bars, Cafés

und Restaurants. Das schlimmste Blutbad richteten die Terroristen unter den Besuchern eines Rockkonzerts im Bataclan-Theater an. Zu den Anschlägen, die insgesamt 132 Tote und mehr als 350 Verletzte forderten, bekannte sich der «Islamische Staat». Auch für eine Reihe von Anschlägen in der belgischen Hauptstadt Brüssel übernahm der IS die «Verantwortung»: Am Morgen des 22. März 2016 sprengten sich zwei Attentäter am Flughafen Brüssel-Zaventem und ein weiterer in der Brüsseler Innenstadt, im U-Bahnhof Maelbeek, in die Luft. Nach offiziellen Angaben kamen 35 Menschen ums Leben; mehr als 300 wurden verletzt. Beide Terrorzellen, in Paris wie in Brüssel, hatten Verbindungen miteinander; die meisten Attentäter, in Westeuropa aufgewachsene Muslime, waren wiederholt mit

dem Gesetz in Konflikt geraten und hatten sich später radikalisiert. Die Anschläge von Paris und Brüssel offenbarten die Verletzlichkeit der westlichen Zivilisation gegenüber nihilistischen Gewalttätern; nach Ansicht der Staatsschutzorgane geht vor allem von Dschihadisten, die aus den nahöstlichen Bürgerkriegsgebieten zurückkehren, eine erhebliche Gefahr aus. In Videobotschaften des IS wurden nicht weniger als 26 westliche Staaten – auch die Schweiz – als mögliche Ziele bezeichnet.

Auch die Türkei war mehrfach Ziel von Selbstmordanschlägen. Dabei blieb oft offen, wer hinter den Gewaltakten stand. Ein Anschlag in Istanbul (am 12. Januar 2016 auf dem Sultan-Ahmed-Platz) zielte offenkundig darauf ab, den Tourismus nachhaltig zu schädigen; zehn Deutsche fanden den Tod. Zu der Tat bekannte sich der «Islamische Staat». Bei andern Anschlägen war das Regime Erdogan meist umgehend mit Schuldzuweisungen an die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK zur Hand. Erdogans AKP gewann bei vorgezogenen Neuwahlen am 1. November 2015 die absolute Parlamentsmehrheit zurück. Erdogan wechselte ins Präsidentenamt. Mehr denn je betrieb der starke Mann der Türkei eine extrem nationalistische Politik und scheute auch nicht vor Konfrontationen mit der EU zurück. – Eindeutig die Handschrift des IS trug der Absturz eines russischen Verkehrsflugzeugs vom

Typ A321 am 31. Oktober über der Sinai-Halbinsel. In der Folge kam der russische Tourismus zum Roten Meer fast vollständig zum Erliegen – für Ägyptens Wirtschaft ein besonders böser Schlag. Im Mai 2016 stürzte eine A320 der Egypt Air ins Mittelmeer, aller Wahrscheinlichkeit nach ebenfalls nach einem Terroranschlag. – Auch Indonesiens Hauptstadt Jakarta wurde von einer Anschlagsserie islamistischer Terroristen erschüttert; die Urhebererschaft beanspruchte ebenfalls der IS. – Bei einem der schrecklichsten Anschläge wurden in der pakistanischen Stadt Lahore mehr als 70 Menschen getötet: Ein Selbstmordattentäter zündete auf einem Kinderspielplatz eine Bombe; Ziel waren Christen, die das Osterfest feierten. Hinter dem Verbrechen stand nach eigenem Bekunden die Taliban-Splittergruppe Jamaat-ul-Ahrar.

Führungsschwache EU

Angesichts der nahöstlichen Herausforderungen und des Migrationsproblems bewies die EU weder Einigkeit noch Führungsstärke. Ohnmächtig nahm es Brüssel hin, dass die Kontrollen an den EU-Aussengrenzen während Wochen faktisch aufgehoben wurden, dass das Erstasylabkommen von Dublin tausendfach missachtet wurde, dass Griechenland und Süditalien angesichts des Ansturms weitgehend allein gelassen wurden. Auch die Politik der Europäischen Zent-

ralbank EZB, mit immer mehr «billigem» Geld um jeden Preis Wirtschaftswachstum erzeugen zu wollen, sorgte kaum für Vertrauen in die europäischen Gremien. Wann immer ihnen Gelegenheit geboten war, direktdemokratisch zu europapolitischen Anliegen Stellung zu beziehen, äusserten sich die Bürger ablehnend. In den Niederlanden und in Frankreich wurde die geplante EU-Verfassungsbachab geschickt; die Griechen verwarfen ein Reformprogramm zur Schuldenkrise. Die Dänen sprachen sich gegen eine engere Justiz-Kooperation aus, und die Niederländer benützten eine Abstimmung über ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, um ihrem Frust über Brüssel Ausdruck zu verleihen. Mehr denn je wurde die EU als Korsett wahrgenommen, das nationale Freiheitsräume einschränkte, Entscheide traf, für die niemand die Verantwortung übernehmen wollte, und gleichzeitig unfähig war, die anstehenden Probleme zu lösen. Erstmals in ihrer Perspektive musste sich die EU auch mit der Herausforderung beschäftigen, dass ein Mitgliedsland – Grossbritannien – damit drohte, die Europäische Union zu verlassen.

Die Unfähigkeit, Probleme zu lösen und vor allem der Migration Einhalt zu gebieten, begünstigte weitherum in Europa das Erstarken populistischer Bewegungen: In Frankreich landete der Front National unter Marine Le Pen in der ersten Runde der Regionalwahlen (am 6. Dezem-

ber 2016) einen historischen Erfolg. In Polen siegte die national-konservative Partei «Recht und Gerechtigkeit» bei den Parlamentswahlen vom 25. Oktober. In Österreich wurde die Bundespräsidentenwahl vom 24. April 2016 zum Debakel für die seit Kriegsende regierenden Grossparteien ÖVP und SPÖ. Am meisten Stimmen verbuchten im ersten Wahlgang der Kandidat der rechtsnationalen FPÖ, Norbert Hofer, und der Kandidat der Grünen, Alexander Van der Bellen. Im zweiten Wahlgang setzte sich Van der Bellen äusserst knapp, mit 50,3 Prozent, gegen Hofer durch. Auch in Deutschland wandten sich viele Wählerinnen und Wähler von den traditionellen Parteien ab – aus Unzufriedenheit mit der Grossen Koalition unter Angela Merkel in Berlin, die auf die Sorgen und Ängste vieler Bürgerinnen und Bürger kaum Rücksicht nahm, aus Frustration auch über eine «Gutmenschen»-Politik, die gegenteilige Ansichten systematisch ausgrenzte. Die Quittung erfolgte an den Urnen: Bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt erzielte die rechte Oppositionspartei «Alternative für Deutschland» aus dem Stand heraus zweistellige Ergebnisse; auch die FDP und die Grünen verzeichneten Gewinne.

Obamas letztes Amtsjahr

In den USA näherte sich die Amtszeit Präsident Barack Obama

ihrem Ende. Innenpolitisch waren Obama die Zügel längst entglitten: In beiden Kongresskammern verfügte der Präsident seit den Zwischenwahlen vom November 2014 über keine Mehrheit mehr; das politische Geschehen bestimmten die Republikaner. Die Reform des Einwanderungsgesetzes blieb auf der Strecke; das Gefangenenlager Guantanamo konnte trotz der mehrfach erklärten Absicht Obamas nicht geschlossen werden. Wie sehr Obama zur «lahmen Ente» («lame duck») geworden war, zeigte sich beim Tod des Obersten Richters Antonin Scalia: Die republikanische Mehrheit im Kongress machte klar, dass sie keiner Nomination Obamas für die Nachfolge zustimmen wollte. Aussenpolitisch vermochte der scheidende Präsident jedoch noch Akzente zu setzen: Am 1. Juli 2015 nahmen

die USA wieder volle diplomatische Beziehungen mit Kuba auf, und vom 20. bis 22. März 2016 besuchte erstmals seit Calvin Coolidge im Jahr 1928 ein amerikanischer Präsident Kuba. Im Atomstreit mit Iran kam es am 14. Juli 2015 zu einer Einigung; am 16. Januar 2016 trat das Abkommen in Kraft und die westlichen Sanktionen gegen den Mullah-Staat wurden ungeachtet harter Kritik Israels sowie Saudi-Arabiens aufgehoben. Im Mai besuchte Obama Vietnam und Hiroshima in Japan, wo die USA am 6. August 1945 zum ersten Mal eine Atombombe abgeworfen hatten. Der US-Präsident setzte damit nicht zuletzt auch bedeutsame Zeichen gegen das Expansionsstreben Chinas im ostasiatischen Raum.

Das politische Geschehen in den USA geriet 2016 zusehends in den Bann der Präsident-



Bild: Keystone

Als erster Präsident der USA seit Calvin Coolidge im Jahr 1928 besuchte Barack Obama Kuba vom 20. bis 22. März 2016.

schaftswahlen vom November. In den Vorwahlen setzte sich auf demokratischer Seite Hillary Clinton durch, auf republikanischer Donald Trump. Der Milliardär aus New York irritierte weitherum mit provokativen Äusserungen über Frauen, Muslime und Immigranten.

Wendezeit in Lateinamerika

Für Lateinamerika waren 2015 und 2016 Jahre der Wende: In mehreren Ländern zeichnete sich eine Abkehr von der links-populistischen Politik ab, welche mehr als ein Jahrzehnt lang den Ton auf dem Kontinent angegeben hatte. Bei den Präsidentschaftswahlen in Argentinien erlitten die Peronisten eine historische Niederlage: In der Stichwahl vom 22. November 2015 siegte der liberalkonservative Bürgermeister von Buenos Aires, Mauricio Macri, gegen Daniel Scioli, der die Politik des bisher regierenden Kirchner-Clans weiterzuführen versprach. Als erste Massnahmen beendete Macri das Regime der Devisenkontrollen, gab den Peso frei und einigte sich mit den Gläubigern in den USA, wodurch das Land international wieder kreditfähig wurde. – In Venezuela siegte das Oppositionsbündnis Mesa del la Unidad Democrático in den Parlamentswahlen vom 6. Dezember 2015 gegen die Regierungspartei. Präsident Nicolas Maduro, der das Land in den wirtschaftlichen Abgrund geführt hatte, zeigte sich jedoch als

schlechter Verlierer: Er kündigte an, die «sozialistischen Errungenschaften» um jeden Preis verteidigen zu wollen. – In Bolivien lehnten die Stimmberechtigten am 21. Februar 2016 mit 51,3 Prozent eine Verfassungsänderung ab, die dem Staatspräsidenten – konkret: dem amtierenden Präsidenten Evo Morales – mehr als zwei aufeinander folgende Amtszeiten erlaubt hätte. – In Peru sah es lange so aus, als ob Keiko Fujimori, Tochter des Ex-Präsidenten Alberto Fujimori, die Präsidentschaftswahl für sich entscheiden würde; im zweiten Wahlgang setzte sich jedoch überraschend der Kandidat der Liberalen, der ehemalige Wirtschaftsminister Pedro Pablo Kuczynski durch. Fujimoris Partei «Fuerza Popular» gewann aber die Parlamentswahlen und verfügte im Kongress über eine absolute Mehrheit. – Auch in Brasilien ging eine Ära zu Ende: Der katastrophale Zustand der Wirtschaft und die grassierende Korruption wurden in weiten Teilen der Bevölkerung der regierenden Arbeiterpartei und Präsidentin Dilma Rousseff angelastet. Am 17. April beschloss das Abgeordnetenhaus die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen die Präsidentin. Am 10. Mai folgte der Senat, womit Rousseff im Amt sistiert war.

Veränderungen in Asien

Nach Jahren eines ungestümen Wirtschaftswachstums erlebte

China überraschend Rückschläge: Anfang März 2016 billigte der Volkskongress einen Fünfjahresplan, der nurmehr ein Wachstum von 6,5 Prozent (nach 10 Prozent und mehr seit 1991) vorsah. Prompt tauchten weltweit die Börsen. Auch Umweltprobleme machten der Volksrepublik zu schaffen: Mehrmals versanken Peking und andere Grossstädte im Smog; Anfang Dezember erreichte die Schadstoffbelastung das 24-fache der von der WHO empfohlenen Grenzwerte. – Am 29. Oktober wurde die seit 1979 geltende Einkind-Politik offiziell für beendet erklärt; damit reagierte die Partei auf die Alterung der Bevölkerung, auf sinkende Geburtenraten und nicht zuletzt auf ein bedrohliches Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen.

Bei den Präsidentschaftswahlen auf Taiwan erlitt die regierende Kuomintang-Partei (KMT) eine herbe Niederlage. Gewählt wurde die Juristin Tsai Ing-wen von der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP). Die von Peking favorisierte KMT verlor auch bei den Parlamentswahlen die Mehrheit. Die KMT erlitt damit die Quittung für eine Politik, der allzu viel Nachgiebigkeit gegenüber der Volksrepublik vorgeworfen wurde.

Eine historische Parlamentswahl erlebte Myanmar. Erstmals seit 25 Jahren konnten die Burmesinnen und Burmesen frei wählen. Das Resultat hätte nicht deutlicher ausfallen können: Die Nationale Liga für Demokratie

(NLD) von Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi gewann 70 Prozent der Parlamentsmandate. Zwar konnte Suu Kyi laut der noch von den Militärs verabschiedeten Verfassung nicht Präsidentin des Landes werden. Neuer Staatschef wurde ihr Vertrauter Htin Kyaw. Aung San Suu Kyi liess jedoch keinen Zweifel, dass sie von nun an persönlich die Geschicke des Landes bestimmen würde. – Auf den Philippinen wurde überraschend Rodrigo Duterte, Kandidat der populistischen PDP-Partei, zum neuen Präsidenten gewählt. Der ehemalige Bürgermeister von Davao hatte sich durch eine Politik der eisernen Faust gegen das organisierte Verbrechen einen Namen gemacht; Duterte trat öffentlich für die Wiedereinführung der Todesstrafe ein. Seine Wahl war dem verbreiteten Wunsch nach mehr Sicherheit auf den Philippinen zuzuschreiben.

Licht und Schatten

2015 und 2016 gingen in vielen Teilen der Erde als Jahre des Klimaphänomens El Niño in die Geschichte ein. Manche Regionen wie das Amazonasgebiet oder das südliche Afrika erlebten extreme Dürren, während andernorts wie an der südamerikanischen Westküste ausserordentlich starke Regenfälle beobachtet wurden. Grossstädte wie Peking und Delhi erlebten schlimme Smog-Perioden. Und aufhorchen liess die Meldung,

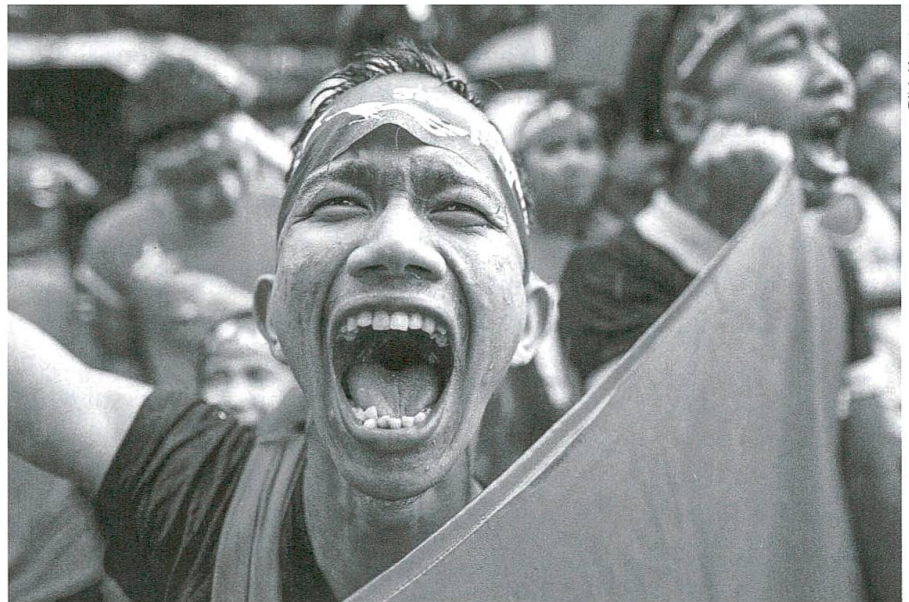


Bild: Keystone

Ein Anhänger von Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi feiert den Wahlsieg der NLD bei den ersten freien Wahlen in Myanmar seit 1990.

wonach fünf Inseln der Salomonen bereits im Meer untergegangen seien. Nach Messungen der US-Wetterbehörde NOAA war 2015 im Durchschnitt weltweit 0,9 Grad wärmer als der Durchschnitt des 20. Jahrhunderts und damit global das wärmste Jahr seit Beginn der Messungen 1880. Sämtliche Indikatoren deuten mittlerweile auf eine von Menschen verursachte Erwärmung der Erdatmosphäre hin. Unter diesen Umständen kam der 21. Uno-Klimakonferenz – sie tagte vom 30. November bis 12. Dezember 2015 in Paris – eine besondere Bedeutung zu. Zur Überraschung vieler Beobachter endete sie nicht mit einer unverbindlichen Deklaration, sondern schloss mit einem Klimaabkommen, das verbindliche Ziele postulierte: mit einer Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad

Celsius im Vergleich mit vorindustriellen Werten. Zu diesem Zweck müssten die Treibhausmissionen bis 2060 auf Null zurückgefahren werden. Nicht weniger als 171 Staaten, darunter erstmals China und die USA, verpflichteten sich in dem Abkommen, ihre Klimapolitik entsprechend auszurichten und Massnahmen zum Schutz der Erdatmosphäre zu ergreifen. Der Pariser Klimavertrag wurde am 22. April am Uno-Hauptsitz in New York unterzeichnet. Ein wichtiger erster Schritt, dem allerdings noch viele weitere folgen müssen.

Wie sehr es weltweit an politisch verantwortungsbewusstem Handeln mangelt, illustrieren nicht zuletzt unzählige Korruptionsfälle: In vielen Staaten gehören Korruption und Bestechlichkeit gewissermassen zur Normalität; Regierungsmitglieder und

ihre Entourage bedienen sich schamlos aus den staatlichen Kassen. Die Veröffentlichung der sogenannten «Panama Papers» – Daten aus einer Anwaltskanzlei in Panama – wies auf zahlreiche dubiose Offshore-Geschäfte hin. Ins Zwielficht gerieten auch Politiker bis hin zum russischen Präsidenten Putin. – Ans Licht der Öffentlichkeit kam auch die jahrelang betriebene systematische Manipulation von Abgaswerten bei VW, Audi, Porsche und andern Autobauern. Sie bedeutete für den Industriestandort Deutschland einen erheblichen Prestigeverlust. – Seit Jahren ist Korruption ein Thema im Weltfussballverband Fifa. 2015 überstürzten sich die Ereignisse: Auf amerikanischen Druck hin liess die Schweizer Bundesanwaltschaft mehrere hochrangige Fifa-Exekutivmitglieder verhaften. Fifa-Präsident Sepp Blatter wurde von der Ethikkommission der Fifa im Amt suspendiert, ebenso Uefa-Chef Michel Platini. Neuer Präsident der Fifa wurde wiederum ein Schweizer, der Walliser Gianni Infantino, Generalsekretär des Europäischen Fussballverbandes Uefa. Ob es ihm gelingt, die Fifa durchgreifend zu säubern, erscheint jedoch fraglich; erste Entscheide unter seiner Führung deuteten kaum auf einen Kulturwandel hin. Die umstrittene Vergabe der Weltmeisterschaften an Russland (2018) und Katar (2022) blieb dem Weltfussballverband als Schandfleck erhalten.

Blick in die Schweiz

2015/2016 waren für die Schweiz vergleichsweise schwierige Jahre: Der Zustrom von Flüchtlingen und die ungebremste Zuwanderung aus dem Ausland beschäftigten weiterhin Bevölkerung, Politik und Medien. Ungelöst blieb das Verhältnis zur Europäischen Union, und die unaufhaltsame Alterung der Bevölkerung liess die AHV erstmals massiv in die roten Zahlen abgleiten. Anhaltend gross blieben die wirtschaftlichen Herausforderungen angesichts des starken Frankens; die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 4,4 auf 5,1 Prozent. Der Fifa-Skandal warf seine Schatten auch auf die Schweiz. Aus den «Panama Papers» ging hervor, dass auch Firmen und Private aus unserem Land Briefkasten-Domizile in Zentralamerika unterhielten. Trotzdem: punkto politischer Stabilität, Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz, Lebensqualität und fehlender Korruption vermochte die Schweiz ihre Spitzenplätze im internationalen Ranking zu behaupten.

Bürgerlicheres Parlament

An der politischen Stabilität änderten die eidgenössischen Wahlen vom 15. Oktober 2015 wenig. Aber für schweizerische Verhältnisse waren die Verschiebungen in den Wähleranteilen doch erheblich: Die SVP als mit Abstand stärkste Partei steigerte ihren Anteil nochmals um 2,8 auf 29,4

Prozent. Die FDP gewann 1,3 Prozent und kam neu auf 16,4 Prozent. Die SP stagnierte bei 18,8 Prozent (+0,1 Prozent). Sämtliche Mitte-Parteien – die Sieger der Wahlen 2011 – verloren Anteile: Die BDP büsste 1,3 Prozent ein und kam noch auf 4,1 Prozent. Die CVP setzte ihren Krebsgang fort und erreichte 11,6 Prozent (-0,7 Prozent). Die Grünliberalen verloren 0,8 Prozent und fielen auf 4,6 Prozent zurück. Arg Federn lassen mussten auch die Grünen: Sie kamen noch auf bloss 7,1 Prozent (-1,3 Prozent). Im Ständerat, der ebenfalls neu bestimmt wurde – allerdings nach kantonalem Recht und im Mehrheitsverfahren – konnte die CVP ihre bisher 13 Mandate verteidigen; die FDP kam neu ebenfalls auf 13 (+2), die SP auf 12 (+1), die SVP auf 5 (wie bisher) und die BDP auf 1 (wie bisher). Die Grünliberalen büssten ihre beiden bisherigen Sitze ein, die Grünen verloren eines ihrer bisher zwei Mandate. Für die herausragendsten personellen Veränderungen im neuen Parlament war die SVP besorgt: Im Kanton Zürich wurde «Weltwoche»-Chefredaktor Roger Köppel mit dem besten Resultat in den Nationalrat gewählt, während Christoph Morigli die Wiederwahl verpasste. Im Kanton Graubünden schaffte die Blocher-Tochter Magdalena Martullo, Chefin des Ems-Konzerns, auf Anhieb die Wahl in den Nationalrat.

Was waren die Gründe für die Verschiebungen? Die SVP profitierte zweifellos davon, dass sie ihren Wahlkampf auf Themen fokussierte, welche sie seit Jahren bewirtschaftet: Zuwanderung, Asylwesen, Europa. Dabei konnte sie darauf hinweisen, dass die Einwanderung von Ausländerinnen und Ausländern trotz dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative (MEI) vom Februar 2014 anhaltend hoch geblieben war: 2015 betrug der Wanderungssaldo ohne Asylsuchende 71 495 Personen; er entsprach damit knapp der Bevölkerungszahl der Stadt St. Gallen. Ausserdem spielte ihr in die Hände, dass sich der Bundesrat schwer tat, die MEI umzusetzen. Die FDP verdankte ihren Wahlerfolg einem erneuerten liberalen Profil. Die Mitte-Parteien (Grünliberale, BDP, CVP) hingegen wurden von den Wählerinnen und Wählern dafür abgestraft, dass sie ihre Existenz kaum glaubwürdig unter Beweis gestellt hatten und wenig zählbare Erfolge vorweisen konnten. Die Grünen verloren, weil Umweltthemen in den Wahlen von 2015 kaum noch eine Rolle spielten; ihren Wahlerfolg 2011 hatten sie wesentlich der Nuklearkatastrophe von Fukushima zu verdanken gehabt.

Damit ergab sich im neuen Parlament rein rechnerisch eine bürgerliche Mehrheit, nachdem in den beiden vorangegangenen Legislaturperioden eine Mitte-links-Koalition den Ton angegeben hatte. Die neuen Mehrheits-

verhältnisse machten sich insbesondere in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik bemerkbar. Hingegen konnte von einem Schulterschluss von SVP, FDP und CVP in Fragen der Ausländer-, Asyl- und Europapolitik kaum die Rede sein. Hier blieb das «bürgerliche» Lager gespalten: Während die SVP kein Jota von ihrer europa- und ausländerkritischen Haltung abrückte, verfolgten FDP und CVP in der Aussen- und Ausländerpolitik einen deutlich weltoffeneren Kurs.

Zurück zur Zauberformel

Die neue Mehrheit im Parlament wirkte sich auch auf die Zusammensetzung des Bundesrats aus. Am 28. Oktober 2015 erklärte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf ihren Rücktritt aus der Landesregierung. Nach der Niederlage ihrer BDP-Partei bei den eidgenössischen Wahlen war ihre Basis so sehr geschrumpft, dass sie bei den Bundesrats-Erneuerungswahlen von Anfang Dezember eine Abwahl befürchten musste (in ihrer Rücktrittserklärung wollte sie diesen Entscheid allerdings bereits im Sommer getroffen haben). Trotz ihres Rauswurfs aus der SVP hatte es die Bündnerin fertiggebracht, während zweier Legislaturperioden praktisch ohne Hausmacht zu regieren (wobei sie ihren parlamentarischen Rückhalt immer wieder bei der Linken suchte, dank deren Stimmen sie 2007 und 2011

gewählt worden war). Bis Oktober 2010 hatte sie das Justiz- und Polizeidepartement geführt, anschliessend – nach dem Rücktritt von Finanzminister Hans-Rudolf Merz – das Eidgenössische Finanzdepartement. In dieser Funktion verstand es Widmer-Schlumpf dank der ihr eigenen Beharrlichkeit und politischem Geschick, die Schweiz und ihre Banken recht erfolgreich gegen ausländischen Druck zu verteidigen. Als eine der Ersten verstand Widmer-Schlumpf, dass das Bankgeheimnis auf Dauer nicht zu halten war. Sie brachte schliesslich auch die eidgenössischen Räte dazu, dem automatischen Informationsaustausch (AIA) zuzustimmen; die entsprechenden Bundesbeschlüsse wurden im Dezember 2015 verabschiedet und sollen per 1. Januar 2017 in Kraft treten. Der Schweiz gelang es dadurch, sich in Steuerangelegenheiten mit dem Ausland aus der Schusslinie herauszumanövrieren, nachdem sie während Jahren Gefahr gelaufen war, prominent auf «schwarzen Listen» von Steuer-oasen zu erscheinen.

Widmer-Schlumpfs Rücktritt machte den Weg frei für die Wahl eines zweiten SVP-Bundesrats. Die SVP-Fraktion unterbreitete der Bundesversammlung einen Dreivorschlag (mit je einem Deutschschweizer, einem Romand und einem Tessiner). In der Gesamterneuerungswahl des Bundesrats vom 9. Dezember 2015 wurde der Waadtländer Guy Parmelin als

neues Mitglied der Landesregierung gewählt. Parmelin übernahm von Ueli Maurer die Leitung des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), während Maurer ins Finanzdepartement wechselte. Manchenorts war spekuliert worden, einer der beiden SVP-Politiker werde das EJPD und damit die Führungsverantwortung für die Asylpolitik übernehmen, doch verblieb Simonetta Sommaruga an der EJPD-Spitze.

Der neue Verteidigungsminister Guy Parmelin stellte seinen Führungswillen rasch unter Beweis: Ende März stoppte er die Beschaffung neuer Fliegerabwehrlenk Waffen (weil ihm das von seinem Vorgänger ererbte Projekt zu unausgereift vorkam), und gleichzeitig trennte er sich von Armeechef André Blattmann, der per Ende 2016 vorzeitig in den Ruhestand geschickt wurde.

Eklat im Nationalrat

Nach den Wahlen 2015 kam es auch in den Präsidien einiger Grossparteien zu Veränderungen: An der Spitze der SVP löste der Berner Albert Rösti den St. Galler Toni Brunner ab. Die Schwyzerin Petra Gössi folgte dem Aargauer Philipp Müller als neue Präsidentin der FDP, und Gerhard Pfister löste Christophe Darbellay an der Spitze der CVP ab. Die neue Konstellation liess auf bürgerlicher Seite einen engeren Schulterschluss erwarten,

zumal mit Gössi und Pfister Personen eher konservativer, europakritischer Grundhaltung gewählt wurden. Ein raueres Klima war damit von links her angesagt: SP-Präsident Christian Levrat griff Bundesrat Johann Schneider-Ammann mehrfach wegen dessen Wirtschaftspolitik scharf an («Johann Schneider-panne»). Wenig souverän reagierte SP-Bundesrätin Sommaruga, als sie im Nationalrat von SVP-Nationalrat Köppel wegen der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien attackiert wurde; Köppel warf ihr vor, sich mit «frivoler Leichtfertigkeit» über Verfassungsbestimmungen hinwegzusetzen. Statt zu antworten verliess Sommaruga wortlos den Ratssaal – und mit ihr die gesamte SP-Fraktion. Ein eher aussergewöhnliches Ereignis der schweizerischen Parlamentsgeschichte.



Die Bundesversammlung wählte am 9. Dezember 2015 den Waadtländer Guy Parmelin neu in den Bundesrat.

Nationalratspräsidentin Christa Markwalder, die während des Eklats nicht interveniert hatte, zitierte Köppel hinterher zu einer Aussprache. Sie liess später mitteilen, Bundesrätin Sommaruga habe halt die Toilette aufsuchen müssen.

Umstrittene Abstimmungen

Wegen der eidgenössischen Wahlen war der Abstimmungskalender wie üblich weniger befrachtet als in Nicht-Wahljahren. Am 14. Juni 2015 verwarfen Volk und Stände die Erbschaftssteuer-Initiative mit einem überraschend hohen Nein-Anteil von 71 Prozent; wäre sie angenommen worden, wären Erbschaften über 2 Millionen Franken neu einer Bundessteuer von 20 Prozent unterworfen worden. – Mit 61,9 Prozent Ja angenommen wurde eine neue Verfassungsbestimmung über Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie. Weniger als 4000 Stimmen (50,1 Prozent Ja) gaben den Ausschlag zugunsten des neuen Radio- und Fernsehgesetzes; im knappen Resultat spiegelte sich viel Misstrauen gegenüber der Rolle und dem Gebaren der SRG als nationaler Radio- und TV-Organisation.

Selten erreicht die Beteiligung an eidgenössischen Urnengängen mehr als 50 Prozent. An der Abstimmung vom 28. Februar 2016 nahmen jedoch 63,7 Prozent der Stimmberechtigten teil. Dieser Spitzenwert war einer beispiellosen Mobilisierung zu-

Bild: admin.ch



Die zurücktretende Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf übergibt Ueli Maurer symbolisch die Schlüssel des Finanzdepartements sowie Gotthelfs Roman «Geld und Geist».

zuschreiben, welche die sogenannte «Durchsetzungsinitiative» der SVP ausgelöst hatte. Der SVP ging es darum, den Forderungen der Ausschaffungsinitiative Nachachtung zu verleihen, welche Volk und Stände 2010 mit einer Mehrheit von 52,9 Prozent angenommen hatten. Die Durchsetzungsinitiative ging jedoch über die Forderungen der Ausschaffungsinitiative hinaus, indem sie auch völkerrechtliche Garantien aushebeln wollte. Dagegen formierte sich auf liberaler und linker Seite, insbesondere unter Jungen, entschiedener Widerstand; die Gegner der Initiative sahen Kernelemente des schweizerischen Rechtsstaates in Gefahr. Mit 58,9 Prozent Nein wurde die Durchsetzungsinitiative schliesslich deutlich abgelehnt. Verworfen wurde auch ein Begehren der Jungsozialisten («Keine Spekulation mit Nah-

rungsmitteln») mit 59,9 Prozent Nein. Knapp fiel das Resultat der CVP-Initiative «gegen die Heiratsstrafe» aus: Trotz Ständemehr verfehlte sie mit 49,2 Prozent Ja um Haaresbreite die Annahme. – Die Referendumsvorlage über den Bau einer zweiten Gotthard-Strassenröhre wurde mit 57 Prozent Ja akzeptiert. Befürworter der zweiten Tunnelröhre hatten im Abstimmungskampf beteuert, damit sei keine Kapazitätserweiterung auf der Strasse geplant; die Gegner bezweifelten jedoch, ob die Schweiz dem Druck der EU und der europäischen Strassenverkehrslobby auf Dauer standhalten könne.

Auch am 5. Juni 2016 entschieden die Stimmberechtigten durchwegs im Sinne des Bundesrates und des Parlaments: Sie verwarfen die «Service-Public-Initiative» (32,4 Prozent Ja), die sogenannte «Milchkuh-Initiati-

ve» für eine andere Verkehrsfinanzierung (29,2 Prozent Ja) und das bedingungslose Grundeinkommen (23,1 Prozent Ja) mit klaren Mehrheiten. Hingegen akzeptierten die Stimmenden das neue Fortpflanzungsmedizin-Gesetz, das die EVP mit einem Referendum bekämpft hatte, mit 62,4 Prozent Ja. Mit einem Ja-Anteil von 66,8 Prozent deutlich angenommen wurde auch eine Änderung des Asylgesetzes, die eine Beschleunigung der Verfahren bringen soll und gegen die die SVP das Referendum ergriffen hatte. Die SVP erlitt damit in ihrem «Kerngeschäft» eine empfindliche Niederlage.

Ungelöste Probleme mit EU

In Kernfragen wie der Personenfreizügigkeit klafften die Standpunkte zwischen unserem Land und der Europäischen Gemeinschaft weiterhin stark auseinander. Während die EU auf dem uneingeschränkten freien Personenverkehr beharrte und der Schweiz mit der Ausschlussung von internationalen Forschungsprogrammen und der Kündigung der bilateralen Abkommen insgesamt drohte, rang der Bundesrat um eine möglichst EU-konforme Auslegung der Masseneinwanderungsinitiative. Eine autonome Steuerung der Zuwanderung mit Höchstzahlen, wie sie der MEI-Verfassungsartikel postuliert, dürfte kaum zu erreichen sein. Hingegen setzte der Bundesrat auf eine «unilaterale» Schutzklausel, die ab einer

bestimmten Nettozuwanderung eine Kontingentierung der EU-Zuwanderer auslösen würde. Auch eine Erweiterung der Notfall-Klausel wäre aus Sicht des Bundesrates denkbar. Abzuwarten blieb, ob auf EU-Seite die eigenen Probleme im Einwanderungsbereich und die Flüchtlingskrise die Bereitschaft zu Kompromissen fördern würden.

Von der Migrationsbewegung vom Nahen Osten her Richtung Zentraleuropa war die Schweiz 2015 in vergleichsweise geringem Mass betroffen. Das hing damit zusammen, dass die meisten Migranten, vor allem Syrer, Iraker und Afghanen, den Weg über die Balkanroute wählten. Mit der Schliessung der Landgrenzen durch die meisten Anrainerstaaten rückte erneut die Route von Libyen und Nordafrika via Italien in den Vordergrund. Damit zeichnete sich ab, dass die Schweiz vermehrt zum Zielland von Migranten wurde. In der Bevölkerung war die Aufnahmebereitschaft gegenüber Kriegsflüchtlings aus Syrien oder Afghanistan zwar gross. Hingegen stiess die Migration vorwiegend junger Männer aus Nordafrika, Eritrea und Somalia auf erhebliche Skepsis. Die wenigsten von ihnen konnten glaubhafte Asylgründe geltend machen. Sie wieder in ihr Heimatland zurückzuschicken, kam jedoch vorläufig nicht in Frage, da sie nach Einschätzung des Departements Sommaruga dort nicht genug Sicherheit vor Verfolgung genossen. Die Asylpoli-

tik blieb ein Zankapfel zwischen den politischen Parteien.

Erhöhte Bedrohung

«2015 war das Jahr, in dem die Krisenlage im Nahen und Mittleren Osten als Folge des arabischen Frühlings von 2011 endgültig Europa erreichte», stellte der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) in seinem Lagebericht 2016 («Sicherheit Schweiz») fest. Auch für die Schweiz als «Teil des westeuropäischen Bedrohungsraums» ortete der NDB eine erhöhte Bedrohung durch islamistisch motivierte Gruppen oder Personen: «Radikalisierte gewaltbereite Personen könnten auch in der Schweiz zur Tat schreiten oder die Schweiz missbrauchen, um von hier aus Anschläge in anderen Staaten vorzubereiten.» Insbesondere von Rückwanderern aus Ländern wie Irak, Syrien oder Afghanistan geht laut NDB eine erhebliche Gefahr aus. Bis

März 2016 waren rund 70 Personen aus der Schweiz aufgebrochen, um sich Terrororganisationen wie dem «Islamischen Staat» anzuschliessen.

Die neue und teilweise diffuse Bedrohungslage blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Armee. Erhöhte Bedeutung kam insbesondere dem Schutz gefährdeter Infrastrukturen zu. Auch die Bewältigung grosser Flüchtlingsmassen galt neu als mögliches Szenario für einen Truppeneinsatz. Im September 2015 fand in der Nordwestschweiz und am Jurasüdfuss eine Truppenübung statt, an der 5000 Armeeangehörige teilnahmen und mögliche Einsätze zugunsten ziviler Organe wie der Polizei oder des Grenzwachtkorps geübt wurden. Für den Sommer 2016 wurden vorsorglich WK-Verschiebungen angeordnet, und am 20. April 2016 entschied der Bundesrat, dass nötigenfalls die Armee aufgeboten würde, um das



Bundesrätin Simonetta Sommaruga unterhält sich beim Besuch des Bundesasylzentrums Losone mit Asylsuchenden.

Bilder: Keystone

Grenzwachtkorps zu unterstützen, falls innert Tagen Zehntausende von Migranten an die Schweizer Grenze drängen würden – ein Extremszenario, wie es Österreich im Herbst 2015 erlebt hatte. Für einen solchen Fall wurde das VBS beauftragt, dafür zu sorgen, dass kurzfristig 2000 Armeeangehörige für einen allfälligen Assistenzdienst aufgeboten werden könnten.

Pessimistischer Blick nach aussen

Eine im Mai 2016 veröffentlichte Studie der ETH («Sicherheit 2016») ergab, dass Armee, Polizei und Behörden in der Bevölkerung mehr Vertrauen genossen als in den Vorjahren. 84 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer bezeichneten die Armee als notwendig; seit 1983 war kein so hoher Wert mehr gemessen worden. Selbst in der Alterskategorie der 20- bis 29-Jährigen genoss die bewaffnete Landesverteidigung deutlich mehr Kredit (74 Prozent). Allgemein äusserten sich die befragten Personen grossmehrheitlich «sicher» (86 Prozent), sowohl im öffentlichen Raum als auch in der näheren Umgebung. Hingegen wurde die weltpolitische Lage deutlich pessimistischer eingeschätzt als noch vor einem Jahr. Die grosse Mehrheit (87 Prozent) war denn auch der Ansicht, zur Wahrung der Sicherheit seien nötigenfalls auch Einschränkungen der persönlichen Freiheit hinzunehmen. Signifikant mehr Personen in der

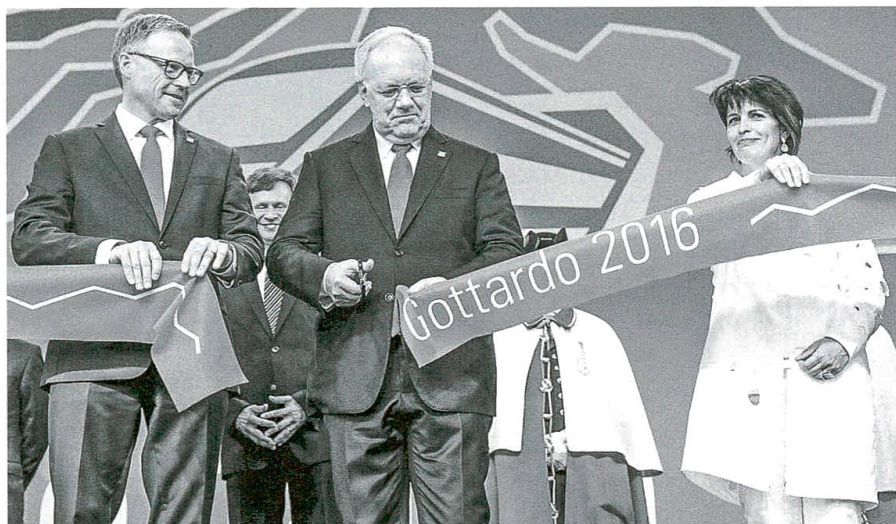
Schweiz befürworteten eine vorsorgliche Überwachung von Verdächtigen, verstärkte Massnahmen gegen den Terrorismus, eine Aufstockung der Polizei und unterstützende Einsätze der Armee.

In Bezug auf Europa äusserten sich Herr und Frau Schweizer differenziert: Ja zu engerer wirtschaftlicher und politischer Kooperation, Ja zu den bilateralen Verträgen, aber dezidiert Nein zu einem EU-Beitritt: Nur gerade 16 Prozent äusserten gemäss der ETH-Studie den Wunsch, der Europäischen Union beizutreten.

«Epochale Leistung»

Dass die Schweiz bereit ist, gegenüber Europa Vorleistungen zu erbringen – und nicht nur «Rosinen zu picken», wie ihr seitens der EU gelegentlich vorgeworfen wird –, unterstrich sie mit dem Bau der Neuen Alpentransversale NEAT. Am 1. Juni 2016 wurde

der 57 Kilometer lange Neat-Tunnel durch den Gotthard nach 17-jähriger Bauzeit eingeweiht. An der Feier nahmen nicht nur Schulkinder und 500 durch das Los ermittelte Personen aus der ganzen Schweiz teil, sondern auch die Regierungschefs aus den vier Nachbarländern Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich. Sie alle lobten die Schweiz für ihre Weitsicht, ihren Mut und die beispiellose technologische Leistung. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte, der Tunnel stehe in einer Zeit, in der viel von Grenzen die Rede sei, symbolhaft für das Verbindende in Europa. Für Bundespräsident Johann Schneider-Ammann beweist der Tunnel, dass in der Schweiz und Europa noch «epochale Leistungen» möglich seien, und Verkehrsministerin Doris Leuthard würdigte ihrerseits den Gotthardtunnel als Symbol für Offenheit und Fortschritt.



Bundespräsident Johann Schneider-Ammann (Mitte), Verkehrsministerin Doris Leuthard und SBB-Chef Andreas Meyer (links) durchschneiden an der Feier zur Eröffnung des Gotthard-Basistunnels das rote Band.

Bild: Keystone